

Haushaltsrede 2026/2027 der GRÜNEN in Wedel

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

Zunächst möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wedel unseren herzlichen Dank auszusprechen. Ihr Engagement für alle Menschen hier in der Stadt verdient große Anerkennung und Respekt. Auch wenn wir dies nicht immer so zeigen - wir sind froh, Sie an unserer Seite zu haben und danken Ihnen für Ihren unermüdlichen Einsatz. Vielen Dank!

Das war ja mal eine Haushaltsrede eben – plakativ wurde uns allen ins Gewissen geredet: schaut, wie sehr wir überschuldet sind. Es gibt nur eine Lösung! Geld für freiwillige Leistungen dürfen nicht mehr ausgegeben werden. Schuld daran sind all jene, die immer wieder nicht vorhandenes Geld ausgeben. **Was gefehlt hat in Ihrer Analyse?** Woher kommen die Schulden tatsächlich. Wir haben das Geld ja nicht einfach so zum Fenster rausgeworfen. Neben den von Ihnen monierten viel zu hohen Ausgaben, sind unsere Einnahmen in den letzten Jahren - beispielsweise bei der Gewerbesteuer – **im Verhältnis** massiv gesunken. Man kann es so sehen wie die CDU: wir haben uns nicht genug angestrengt, wir hätten viel mehr sparen müssen. Aber stimmt das? Richtig ist doch auch, erzielte Einsparungen der letzten Jahre wurden durch höhere Belastungen aufgrund bundes- und weltweiter Entwicklungen aufgezehrt. Damit meine ich nicht nur die Inflation oder die Kriege dieser Welt, sondern auch die Belastung durch ständig steigende Aufgaben der Kommunen.

Ein Blick in Land und Bund zeigt, Wedel ist nicht allein, flächendeckend sind die meisten Kommunen mittlerweile überschuldet. Dabei mögen Städte – Wedel wird es vorgeworfen – jahrelang über ihre Kosten gelebt haben. Tatsächlich haben die Kommunen, laut Deutschem Städtetag, aber einen Großteil ihrer Schulden nicht selbst verschuldet und sie können diese auch nicht selbst wieder abbauen, ohne dass in Berlin endlich eine bessere Finanzierung umgesetzt wird. Liebe CDU, Sie haben doch gute Kontakte nach Berlin, können Sie sich dafür nicht einsetzen? Christian Schuchardt, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, führt dazu aus, dass als wesentlicher Grund die steigenden Sozialkosten und die zusätzlichen Aufgaben der Kommunen gesehen werden müssen. Bund und Land weisen uns Aufgaben zu, ohne diese ausreichend zu finanzieren. Politische Entscheidungen auf Bundes-, Landes- und sogar Kreisebene aber auch die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich führen so zu einer langsamen, aber stetig wachsenden Überlastung der kommunalen Haushalte. Die Devise: **Wer bestellt – zahlt**; gilt bei der kommunalen Finanzierung schon lange nicht mehr.

Diese Unterfinanzierung führt dazu, dass die Kommunen immer mehr auf alle freiwilligen Leistungen verzichten müssen, nur um irgendwie einen positiven Haushalt zustande zu bringen, vielerorts –Wedel gehört dazu – gelingt dieses nicht mehr. Ja, wir müssen konsolidieren und ja, wir müssen sparen. Aber hört man einigen hier im Rat zu, so scheint, das einzig Richtige zu sein, auf alles zu verzichten, was nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. So stehen Volkshochschule, Stadtbücherei, Kombibad oder Musikschule ebenso wie Schulsozialarbeit, Spielplätze oder Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren mehr oder minder offen zur Disposition.

Davor möchten wir eindringlich warnen: Es kann gefährlich werden, überall dort den Rotstift anzusetzen, wo die Menschen ein Miteinander erleben oder der soziale Frieden gesichert wird. Haben die Menschen das Gefühl, uns wird hier alles genommen, dann verlieren sie immer mehr das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik. Gleichzeitig bereiten wir den rechtsextremen Parteien das Feld. Deshalb appellieren wir an alle Verantwortlichen: Diese Stadt muss als Stadt funktionieren, damit wir den Rechten keine Angriffsfläche bieten. Wedel muss funktionieren und darf nicht kaputtgespart werden.

Als ein Hauptübel der gestiegenen kommunalen Defizite sieht der Städtetag die in den vergangenen Jahren zugenommene gesellschaftliche und politische Bedeutung der kommunalen Aufgaben, etwa bei der sozialen Sicherung, der Integration Geflüchteter, der Kinderbetreuung und Bildung oder beim öffentlichen Nahverkehr. Auch Klimaschutz und Klimaanpassung finden zu großen Teilen in der Kommune statt. Und Nein, es sind nicht nur die freiwilligen Leistungen, sondern es sind auch reale Steigerungen bei den Pflichtaufgaben. Zahlen haben wir heute schon ganz viele gehört und ich werde darauf verzichten. Trotzdem aber zwei Beispiele, was ich mit den zusätzlichen Belastungen meine:

1. Das **Wohngeld-Plus-Gesetz** weitete den Personenkreis für Wohngeldberechtigte massiv aus. Es kam zu einer Antragsflut, die zu bewältigen war, ohne dass es dafür eine Entlastung für die Kommunen gab. Für Wedel bedeutete dies: die Kosten allein für die Administration stiegen von 100.000 EUR in 2014 auf 471.000 EUR im Jahr 2024.
2. **Wohnungslosigkeit:** Vor 2015 hatten wir in Wedel ca. 200 Wohnungslose, Ende 2025 waren es dreimal so viele, nämlich rund 600, diese Menschen müssen alle in städtisch finanzierten Unterkünften untergebracht werden. Die Kosten, die Wedel allein dadurch tragen muss, sind in diesen 10 Jahren von 320.000 EUR (2014) auf rund 2,1 Mio. EUR (Plan 2026) gestiegen. Das ist eine Steigerung um 1,8 Mio. EUR.

Ja, wir müssen alle Kosten weiter auf den Prüfstand stellen, Redundanzen identifizieren, Digitalisierungsmöglichkeiten oder Verschlinkung der Prozesse eruieren. Wir müssen die Haushaltskonsolidierung weiter vorantreiben und können es auch nicht nur bei dem Katalog mit den bereits verabschiedeten 30 Maßnahmen belassen. Aber das, was die CDU in ihrem Haushaltsbegleitbeschluss fordert, tragen wir nicht mit.

Die Gründe hierfür sind simpel:

- Die Punkte 1 und 2 sind längst beschlossen; ein erneutes Bekenntnis ist also überflüssig.
- Gleiches gilt für Punkt 5. Auch der ist längst beschlossen, konnte bzw. wurde bisher aber aus unterschiedlichen Gründen nicht umgesetzt. Darauf will ich hier nicht weiter eingehen. Grundsätzlich tragen wir diesen Punkt mit, allerdings muss allen klar sein:

Es wird auch zukünftig Situationen geben, aus welcher Notlage heraus auch immer, wir gezwungen sein werden, Gelder ohne Gegenfinanzierung freizugeben.

- Kommen wir zu Punkt 4 – Personaleinsparungen: Dieser Punkt wurde ausführlich im Haupt – und Finanzausschuss diskutiert. Die nun wieder neu hervor gebrachte Idee der CDU, die Verwaltung möge ein Konzept erarbeiten, wie ab 2028 die Personalkosten 10% unter dem Niveau von 2026 liegen können, ist aus unserer Sicht unseriös der Verwaltung gegenüber und ohne betriebsbedingte Kündigungen kaum darstellbar.

Die Bürgermeisterin hat sehr anschaulich ausgeführt, was davon zu halten ist und dass es faktisch bei den noch anstehenden Aufgaben nicht umsetzbar ist. Unabhängig von den steigenden Aufgaben, erfordert die weitere Prozessoptimierung, Digitalisierung und Aufgabenkritik in der Phase der Umstellung mehr und nicht weniger Personal. Personal wird erst eingespart werden können, wenn diese Projekte abgeschlossen sind. Die Verwaltung hat im letzten Jahr bewiesen, dass sie es ernst meint mit der Aufgabenkritik. Sie hat bereits Stellen eingespart und plant weitere Organisationsprüfungen. Wir wollen den Mitarbeitenden der Verwaltung, die dafür nötige Zeit geben, eben diese Projekte weiter umzusetzen und vertrauen dabei auf ihre Kreativität und Kompetenz das umzusetzen, was möglich und nötig ist. Im Übrigen funktioniert eine erfolgreiche Organisationsentwicklung nur mit und nicht gegen das eigene Personal. Eine Zielvorgabe von 10% in 2 Jahren dürfte zur Demotivation und weiteren Kündigungen in der Belegschaft führen und damit wäre uns allen nicht geholfen.

- Bleibt Punkt 3, das Highlight des Antrags. Die CDU fordert von Volkshochschule, Stadtbücherei und Musikschule einen Kostendeckungsgrad von 80%. Die VHS hat mit einem Deckungsgrad von über 80% dieses Ziel längst erreicht; bei der Stadtbücherei hingegen sieht es anders aus. Der Kostendeckungsgrad der Stadtbücherei liegt bei rund 18%, bundesweit sind Werte zwischen 5 und 10 Prozent üblich. Städte wie Ahrensburg mit 8% oder Elmshorn mit 10% können Wedel kaum das Wasser reichen, was vor allem an der vergleichsweise hohen Jahresgebühr von 32 Euro liegt. Wollten wir einen Kostendeckungsgrad von 80% über die Einnahmeseite erreichen, müsste diese Gebühr pro Jahr auf 350 bis 400 Euro (!) steigen. Für diesen Betrag könnte man sich die Bücher bequem selbst kaufen und noch ein Streaming-Abo drauflegen. Eine solche Gebühr wäre nicht nur illusorisch, sondern auch rechtlich ein Fall für den Aktenordner "Rechtswidrig wegen Unverhältnismäßigkeit".

Die 2. Stellschraube zur Verbesserung des Kostengrades ist die Reduzierung der Ausgabenseite: Einsparungen am Gebäude dürften zunächst kaum möglich sein. Bleibt also die Reduzierung des Personals. Wie viele von den 9 Stellen müsste man streichen, um 80% Kostendeckung zu erreichen? So etwas lässt sich heutzutage ja schnell ausrechnen. Die Antwort der KI lautet: ALLE! Es müssten alle neun Stellen eingespart werden. Was bliebe wäre ein Gebäude mit Bücherregalen aber ohne Personal.

Die CDU-Vorschläge sind also reine Show oder Nebelkerzen. Ehrlicher wäre es, den Menschen zu sagen: Unsere Vorschläge sind das Aus für die Stadtbücherei. Aber Nebelkerzen lassen sich eben leichter verbreiten als die nackte Wahrheit.

Unabhängig von diesen Gedankenspielen: Die Stadtbücherei erfüllt einen wichtigen Bildungsauftrag und trägt zur Demokratiebildung bei. **Sparen ist notwendig, aber bitte mit Augenmaß!** Unsere Bücherei zählt zu den wertvollsten Einrichtungen der Stadt, durch die

tolle Arbeit, die von den Mitarbeitenden geleistet wird, und nicht zuletzt auch dank des Engagements der Ehrenamtlichen und des Fördervereins, der zahlreiche Veranstaltungen dort ermöglicht. Aus den genannten Gründen wäre der Begleitbeschluss aus unserer Sicht nicht umsetzbar und wir werden ihn, wie bereits im Haupt- und Finanzausschuss, auch heute nicht mittragen.

Dem Antrag der SPD können wir zustimmen, auch wenn wir uns gefragt haben, was er soll. Im Haushaltsentwurf stehen noch 2-3 Straßen für die Jahre 2026 - 2027 und zu deren Ausbau ist bereits alles geklärt. Wir sind hier auf die Ausführungen der SPD gespannt.

Wie ausgeführt stehen wir dazu, weitere Einsparpotentiale zu identifizieren und umzusetzen, wir glauben aber nicht, dass es uns allein durch Einsparungen gelingen wird, 2028 einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen. Unsere Aufgabe hier im Rat besteht aus unserer Sicht vielmehr darin, die Gradwanderung zwischen den erforderlichen Sparmaßnahmen und der Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen zu schaffen. Das heißt, neben den erforderlichen Einsparungen plädieren wir dafür, auch die Verbesserung der Einnahmesituation im Blick zu behalten und dazu gehören eben auch Investitionen in eine attraktive, zukunftsorientierte Stadt, in der sich Menschen aller Altersklassen gerne niederlassen (= Zuwachs an Einkommenssteuer) und Unternehmen sich gerne ansiedeln (=Steigerung der Gewerbesteuer). Wir wünschen uns dafür kreative Lösungen aus der Verwaltung aber gerne auch von den Bürgerinnen und Bürgern Wedels. Die Rettung der Villa ist ein gutes Beispiel dafür, wie so etwas gehen kann. Auch einer von der Bürgermeisterin angesprochenen Bürgerstiftung stünden wir positiv gegenüber.

Damit Wedel als Standort interessant wird bzw. bleibt, brauchen wir für eine gute, zukunftsorientierte Infrastruktur, ein attraktives Umfeld für seine Menschen sowie eine leistungsstarke Verwaltung, die alles am Laufen hält.

- Deshalb sind wir GRÜNEN gegen das Sparen um jeden Preis, sondern setzen uns für eine zukunftsfähige Stadt ein,
- Deshalb sind wir gegen eine pauschale Stellenkürzung im Bereich der Verwaltung und unterstützen Weiterqualifizierungsmaßnahmen für unser Fachpersonals wie beispielsweise die PIA-Ausbildung in den Kitas
- Deshalb achten wir bei Wohnprojekten darauf, dass bezahlbarer Wohnraum für alle Einkommensschichten geschaffen wird,
- Deshalb halten wir die neu geschaffene Stelle eines Citymanagers für sehr wichtig und gaben den Impuls, uns auf den Weg zu begeben, Wedel als Touristenort anerkennen zu lassen.
- Und last but not least vergessen wir an keiner Stelle und mahnen immer wieder an, den Klimaschutz stets mitzudenken.

Ein ganz wichtiger Punkt in der Aufzählung ist eine gute Infrastruktur. Unsere Netze kommen in die Jahre und bedürfen an vielen Stellen der Sanierung. Aber gerade bei den Stromnetzen reicht es nicht, nur die Funktionalität aufrecht zu erhalten. Hier müssen wir darüber hinaus in stärkere Netze, eben in eine zukunftsweisende Infrastruktur investieren. Nichts wäre ärgerlicher, als wenn Betriebe sich bei uns **nicht** ansiedeln können, da unser Stromnetz sie nicht ausreichend mit der erforderlichen Energie versorgen kann. So wichtig die Konsolidierung des Haushalts ist, es stehen auch wichtige Entscheidungen bezüglich der Daseinsfürsorge und der Wärmewende an. Diese müssen öffentlich besprochen werden und es

braucht politische Beschlüsse, wie es weitergehen soll. Beschlüsse über Investitionen, die dann unseren Haushalt – sofern wir nicht aus irgendeinem Infrastrukturhilfetopf Geld bekommen – unseren Haushalt weiter belasten werden.

Kurzum: Wir Grünen setzen uns für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ein!

Womit ich wieder beim Haushalt bin. Um es noch einmal zu wiederholen, wir verweigern uns keinesfalls der Haushaltskonsolidierung. Im Gegenteil: Zahlreiche Anträge unsererseits dokumentieren unser Engagement für eine solide Finanzpolitik. Wir setzen uns seit Jahren für ein effektives Kostencontrolling am Bauhof ein und haben mit dem Stellenplan eine für uns sehr bittere Pille geschluckt: Dieser Haushaltsentwurf beinhaltet die Reduzierung von 2,5 auf eine Stelle im Bereich Umweltmanagement. Wir haben dem Stellenplan zugestimmt, obwohl wir darüber überhaupt nicht glücklich waren. Aber uns ist klar, wir brauchen einen tragfähigen Haushalt, damit wir in Wedel handlungsfähig bleiben. Und jeder – so haben wir es uns hier im Rat immer wieder vorgehalten - muss bereit sein, auch einmal die eigene rote Linie zu überschreiten. Wir haben es an der Stelle getan.

Wir werden dem Haushalt zustimmen, da er aus unserer Sicht den Spagat zwischen Sparen und nötigen Ausgaben schafft und hoffen sehr, dass auch die anderen Ratsmitglieder heute bereit sind Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen und dem Haushalt zustimmen. Es stehen große Herausforderungen an und die Verwaltung muss schnell wieder handlungsfähig werden, es braucht schließlich auch noch Zeit, bis die Kommunalaufsicht den Haushalt genehmigt. Insofern begrüßen wir die Verabschiedung eines Doppelhaushaltes, ist damit doch der Rahmen für die nächsten 2 Jahre abgesteckt und wir werden im nächsten Jahr nicht wieder diesen zeitlichen Verzug haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Dagmar Süß

(Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN in Wedel)